

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

(Privilegiert 1703)

226 Jahrgang, Nr. 43 a

Zwei täglich erscheinende Blätter im mitteldeutschen Industriegebiet. **Verlagspreis:** für ein Exemplar 2,00 Mk., für drei Exemplare 5,00 Mk., für sechs Exemplare 9,00 Mk., für ein Jahrgang 200 Mk., für sechs Jahrgänge 1.200 Mk. monatlich. — Bestellungen nehmen sämtliche Agenturen, Buch- und Zeitungsverleger an. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Verbindlichkeiten.

**Mittwoch**  
**20. Februar 1929**

Angelagener für die Hauptrolle Willkommener 10 Pf., für Familienangelegenheiten 6 Pf., Abt. nach Zeitl. Kleine Anzeigen: Wert 3 Pf., Beerdigung 10 Pf., — Geschäftsstelle: Sack (Galle), Leipziger Straße 61/62. — Verleger: Beitzsche Druckerei 276 01. — nach 18 Uhr: Redaktion 276 02/10. — Berlin: Verleger: Leipziger Straße 30. — Verleger: Wai Buchhändler 6299.

### Kontordatsgeheimnisse

Die Neuerrichtung eines römischen Kirchenstaates hat in England den Streit um die Kontordatsfrage wieder aufgerollt. Ein Presseorgan der Deutschen Volkspartei, die „Berliner Stimmen“, hatte in einem Artikel, der so ausfallen sollte, die neuesten Verhandlungen über die Frage der Neuerrichtung des Kirchenstaates dargestellt, daß man sich im Kreuzentstand nicht mehr den Kopf zerbrechen (h. s.) mit dem Zentrum in Preußen nicht mehr in die Haare geraten) kann, denn: der Papst ist jetzt Beherrscher eines autonomen Staates, und Artikel 78 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich des Reiches ist. Es sei also ausschließlich Angelegenheit des Reiches, mit dem Vatikan ein Kontordat abzuschließen. Da kamen die „Berliner Stimmen“ bei der „Germania“ schon am Berliner Zentrumskomitee erklärte, daß der Vertrag zwischen dem Zentrum und Preußen nur die Garantie für die persönliche Unverletzlichkeit des Papstes enthalte und daß die Stellung des Papstes nach der im wesentlichen gebliebenen Natur sei. Die Kontordatsfrage mit dem geistlichen Oberhaupt einer Weltkirche, nicht etwa dem Souverän des neuen Kirchenstaates abgehandelt. Und nun, sagte die „Germania“, sei und bleibe die Regelung der politischen und kulturellen Fragen Angelegenheit der deutschen Länder. Es sei also falsch zu behaupten, daß ein Kontordat in Preußen nicht mehr in Betracht komme.

Um die staatsrechtliche Seite des Meinungsstreites. Das republikanische Hintergrund der Pressefrage anlangt, so seien die „Berliner Stimmen“ in dem Artikel der „Berliner Stimmen“ keinen Versuch einer Annäherung zwischen christlichen Vätern, sondern Fortschritt gegen die Große Koalition. Man wolle nur neue Möglichkeiten machen. Parteipolitische Streitigkeiten jedoch darauf, daß die „Berliner Stimmen“ nur das untergeordnete Organ des Reichstages seien und daß die Parteiforderungen sich auf diese Frage noch nicht befähigt hätten.

Die allgemeine Öffentlichkeit ist es viel wichtiger, zu wissen, denn gütig um die Kontordatsverhandlungen im Hauptauswahls des Preussischen Landtages demangelegte internationale Angelegenheit. In der Sache durchsicht mit Recht, daß ein Kontordatplan eine peinliche Geheimtätigkeit getrieben und Ministerpräsident Braun konnte darauf nur antworten: Ja, wir verhandeln, aber solange wir mit dem Vatikan nicht im Einverständnis sind, ist der Vertrag nicht geschlossen. Der freieren Öffentlichkeit über das Ergebnis der Verhandlungen zu sagen. — So konnte der Diktator Mussolini sprechen, als Kardinal Gasparri noch nicht zu Ende war. Aber der sozialistische Ministerpräsident eines rein parlamentarisch regierten Staates dürfte eigentlich nicht daran selbstherrlich in Angelegenheiten der Geheimdiplomatie zurückgehen.

Was geht nun hinter den Kulissen vor? Die katholische Seite hat den Wunsch, ihre Beziehungen zum preussischen Staat eine vertragliche Grundlage zu stellen. Die letzte Regelung der Beziehungen zwischen Preußen und der Kurie liegt über 150 Jahre zurück — sie erfolgte im Jahre 1821 — und so ist das bisherige Verbot der Lebensgrundlage sehr begründet. Der des Ansehens ist bei den Verhandlungen immer wieder die Frage und im Zusammenhang damit die Vorbildung der Kurie. Wäher wurde der deutsche Staat teils auf geschichtlichen Grundlagen, teils auf den deutschen Universitäten ausgebildet. Man legt man aber in Rom Wert darauf (und das scheint die Wiederherstellung des Kirchenstaates zusammenzuführen), daß solche katholischen Geistlichen in Deutschland ihren Beruf ausüben dürfen, die ihre Vorbildung allein auf der päpstlichen Schule in Rom gewonnen haben. Das bayerische Kontordat hat dieses Zielzweck. Was soll Preußen tun?

Ein zweiter Punkt der preussischen Verhandlungen mit dem Zentrum ist die Neuerrichtung der kirchlichen Sprengel, die in Preußen und Bayern sollen Erzbistümer werden. Man will offen lassen, wie die Diktator errichtet werden. Was steht der Diktator will der Vatikan ein bloßes Vorrecht machen usw. Niemandem in der preussischen Regierung ist eine Reihe aus der Krone fallen, wenn die Öffentlichkeit diese Dinge endlich einmal etwas Genaueres erfährt.

### Reichs Raubban an den Saargruben

Saarbrücken, 19. Februar.  
Die bei den Kohlebrüche der Saarregion, die bereits Personen den Tod brachten, haben in der Bevölkerung eine große Bewegung hervorgerufen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kohlebrüche in der Saarregion durch die Einwirkungen des Raubbaues hervorgerufen wurden. Die französische Bergbauverwaltung geht in ihrem Auswertungsbericht so weit, die höchsten Preise unter der Kohlebrüche zu großen (1), die Kohlebrüche und Schäden der Leitungen eintreten müssen. Es ist an die Presse gefordert, den gefährlichen Schaden an der Saarregion einzustellen und die Kohlebrüche zu beenden.

## Der Reichskanzler bei Hindenburg

### Annäherungsversuche zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar.

Die angekündigte Unterredung zwischen dem Parteivorsitzenden des Zentrums, Dr. Haas, und dem Parteivorsitzenden der Deutschen Volkspartei, dem Außenminister Dr. Stresemann, hat im Laufe des Dienstags stattgefunden. Überraschenderweise wird in parlamentarischen Kreisen erklärt, daß sich die Unterredung zwischen den beiden Parteiführern auf allgemeine politische Fragen, insbesondere auf Fragen der Außenpolitik bezogen habe. Inzwischen wurde durch die Presse, z. B. die Wiederaufnahme der Verhandlungen, seien jedoch nicht berührt worden.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichskanzler Müller zu einer Besprechung über die politische Lage. Ferner empfing der Reichspräsident den neuernannten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunte.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, besteht bei der Zentrumskommunikation des Reichstages nicht die Absicht in der Frage der Koalitionsbildung irgendwem initiativ vorzugehen. Die Unterredung zwischen dem Präsidenten Haas und dem Reichspräsidenten Dr. Stresemann wird dahin gedeutet, daß derartige Ausreden zwischen den beiden Parteiführern, insbesondere über die Außen-

politik, häufiger stattfinden und daß auch die Aussprache am Dienstag nicht aus diesem allgemeinen Rahmen gefallen ist. In der Zentrumskommunikation erklärt man, schon deshalb in der Frage der Koalitionsbildung im Reich nicht initiativ vorzugehen zu können, weil die Partei doch erst vor kurzem ihren Minister von Staatsrat aus der Regierung zurückgezogen habe. Man will vielmehr die Entwicklung in Preußen abwarten.

Zwischen dem Führer der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Stendel, und dem Unterführer des Zentrums in Preußen, Dr. Heß, wird voraussichtlich am Mittwoch eine Aussprache stattfinden. Zu welchen Ergebnissen diese Aussprache kommen wird, und ob überhaupt eine akute Bedeutung beizumessen ist, steht noch dahin, zumal die Zentrumskommunikation des preussischen Landtages noch wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das von ihr bei den letzten Koalitionsverhandlungen im Auge gefasste Zugeständnis von zwei Ministertischen an die Deutsche Volkspartei in Preußen nach dem Scheitern der damaligen Verhandlungen hin fällig geworden und eine neue Lage geschaffen worden sei.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hielt nach dem Scheitern der Koalition eine Fraktionsversammlung ab, in der der Bericht über die internationale Sitzung, die sich mit der Frage der Bildung einer Großen Koalition befaßte und um welche Ergebnis berufen ist, entgegengenommen wurde. Im letzten Bericht man über die Stellung der Fraktion zu Angelegenheiten, die gegenwärtig im Landtage zur Erledigung liegen.

### Fünfgliederiger Ausschuß in Paris

(Telegraphische Meldung)

Paris, 19. Februar.

In der Sitzung des Sachverständigenkomitees vom Dienstag vormittag berieten der deutsche und englische Hauptdelegierte, Reichsambassadeur Dr. Schacht und Sir Josias Stamp, über die Besprechungen, die sie am Montag nachmittag hatten. Der Ausschuß beschloß, diese Besprechung durch Einzigung von Parmentier (Frankreich), Gutt (Belgien) und Suvich (Italien) zu erweitern. Der so gebildete Ausschuß wird Dienstag nachmittag eine Sitzung abhalten, um einen modus vivandus für die weiteren Verhandlungen und Behandlung der mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen auszuwerfen. Falls im Laufe des fünfgliederigen Ausschusses schon am Dienstag eine Einigung erzielt werden kann, wird am Mittwoch vormittag eine Vollversammlung des Sachverständigenkomitees stattfinden, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen. Andernfalls bleibt der Mittwochungsfest.

### Gefängnis für die Rundfunk-Entführer

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 19. Februar.

Unter dem Vorbehalt von Amtsgerichtsbezirk Schöneberg fand am Dienstag vormittag vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Neukölln unter starkem Andrang von Publikum und Presse der Prozeß wegen der bekannten Rundfunk-Entführung vom Oktober vorigen Jahres statt. Nach Eintritt in die Verhandlung schiederten die Angeklagten zunächst den Gehörgang der Entführung. Sie berichteten, oft von allgemeiner Heiterkeit unterbrochen, die Tat in der bekannten Weise. Ihre Ausführungen deckten sich vollkommen mit dem, was bereits damals von den Zeugen und in der Presse mitgeteilt worden ist.

Nach der Vernehmung der Angeklagten wurde als einziger Zeuge der „Rundfunk-Entführer“ Schöneberg vernommen, der die Frage des Staatsanwalts, ob er irgendwelchen unmittelbaren Schaden erlitten habe, verneinte. Dann nahm Staatsanwaltschaftsvertreter Schmitt das Wort und beantragte gegen alle drei Angeklagten wegen Freiheitsberaubung eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten, gegen Scherzinski und Frank außerdem wegen unbefugten Waffenbesitzes eine Geldstrafe von je 25 Mark. Das Gericht kam zu folgendem Urteil:

Die Angeklagten wurden wegen Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Abtötung bestraft und zwar Dr. Frank mit vier Monaten Gefängnis und die Angeklagten Heide und Scherzinski mit je drei Monaten Gefängnis. Außerdem erhielt der Angeklagte Frank wegen unbefugten Waffenbesitzes eine Geldstrafe von 20 Mark.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Angeklagten sämtlich aus politischer Ueberzeugung gehandelt hätten und daß diese Tatsache strafmildernd

berücksichtigt worden sei. Andererseits hätten die Angeklagten aber auch gegen die Staatsautorität verstoßen. Dr. Frank sei als zweifelhafte Urheber der Tat schärfer bestraft worden. Die Untersuchungsdauer werde ihm angerechnet. Eine Strafaussetzung habe das Gericht für Frank abgelehnt.

### Großdeutsche Einstellung der Burschenschaft

(Telegraphische Meldung)

Eisenach, 19. Februar.

Die Deutsche Burschenschaft hat sich auf ihrem außerordentlichen Burschentag in Eisenach ausführlich mit den hochschulpolitischen und mit den damit zusammenhängenden allgemeinen Fragen befaßt. Sie hat dabei nachdrücklich die Verleumdungen zurückgewiesen, die dazu geführt haben, Zweifel in ihre vaterländische großdeutsche Einstellung zu setzen. Der Burschentag hat es abgelehnt, die Lösung der Studentenratsfrage durch irgendwelche Zugeständnisse in den Grundbänden und in dem Aufbau der Studentenräte herbeizuführen. Ein neuer hochschulpolitischer Ausschuß hat die Aufgabe erhalten, die Arbeit der Burschenschaft in der Richtung aufzunehmen, die die unbedingte Freiheit der Hochschule und der wissenschaftlichen Lehrer durch die Autonomie der Hochschule gewährleistet werde. Jede parteipolitische Einflussnahme auf die Studentenräte befandens in der Frage ihrer Zusammenfassung und ihres Koalitionsrechts mit ausländischen Hochschulen wurde abgelehnt. Der Burschentag sieht in dem Bestehen an dem großdeutschen Aufbau der Deutschen Burschenschaft eine Lebensnotwendigkeit für die Vorbereitung des großdeutschen Reiches. (Man darf wohl vermuten, daß die Reuhaft des hochschulpolitischen Ausschusses die Folge des durch Mißbilligung hervorgerufenen Rücktritts des bisherigen Ausschusses gewesen ist. D. Schriftl.)

### Verfahren gegen Frieders eingestellt

(Telegraphische Meldung)

Weimar, 19. Februar.

Am Dienstag vormittag, dem zweiten Verhandlungstage, wurde das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Weimarer Oberstaatsanwalt Dr. Frieders durch Beschluß der Disziplinarkammer eingestellt.

### Poincaré an Grippe erkrankt

(Telegraphische Meldung)

Paris, 19. Februar.

Ministerpräsident Poincaré ist an Grippe erkrankt. Während er am Dienstag vormittag noch dem Ministerrat beizuhören konnte, der sich übrigens nur mit Verwaltungsfragen befaßte, wird er der Aufmerksamkeit Dienstag nachmittag fernbleiben. Außenminister Briand muß noch weiterhin das Zimmer hüten.







Internationale Zuderwoche

Zu Beginn der Woche zeigte sich vorübergehend diesmal in London und Hamburg ein gewisser Anlauf zur Verbesserung...

Sie scheint angefaßt der schnell fortgeschrittenen, weitgehend unveränderten Werte auf Ruba selbst das Gefühl wieder zu haben, daß zur Verteidigung der Gesamtinteressen wohl doch etwas Gemeinliches geschehen müßte...

ausfallen, Schaben vor. Erst mit Eintritt milderen Wetters droht auf der Ceftung der Rieten sichere Unterlagen über die durch Prof...

Reichsbankausweis

Table with columns for Reichsbankausweis, including items like Kassa, Guthaben, and various bank deposits with corresponding amounts in Reichsmarks.

Weitere Erhöhung des Wechselkurses in Berlin. Infolge weiterer anhaltenden Wechselkursnotwendigkeiten wurde am Berliner Montag-Abend eine weitere Erhöhung der Wechselkursnotwendigkeiten...

aller Bestimmtheit, daß noch in dieser Woche die Wiedereinführung der Arbeit im gesamten Streik- und Auslieferungsbereich...

Schiller Mitteldeutscher Wirtschaftstag. Am 21. und 22. Februar 1929 findet in Erfurt der vom Wirtschaftsbund Mitteldeutschland veranstaltete diesjährige Wirtschaftstag statt.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 19. Februar. In der heutigen Abendbörse nach Tenberg im Zusammenhang mit dem New York gemeldeten festem Aufgang der Börse...

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Blick in die Welt

Der gestohlene Millionär

Don seiner Haushälterin zur Ehe gezwungen — Eine schamlose Erpresserin

London, 16. Februar.

Ein seltsamer Vorfall beschäftigt zurzeit die amerikanische Öffentlichkeit und gibt auch einen Ausblick des Senats in Washington zu schaffen. Ein greiser Millionär, ein Indianer, ist von einer Frau entführt und von dieser zu einer Ehe gezwungen worden.

darauf schrieb er einen Teil seines Vermögens für zwei Jungen auf den Namen seiner Frau und 24 Stunden später schenkte er 400 000 Dollar der Baptistenkirche.

Ein altes Schloß niedergebrannt

Berlin, 19. Februar. Das dem Rittergutbesitzer von Rodow auf Rodahn gehörende prächtige alte Schloß in Gollwitz (Wart) ist niedergebrannt.

Dochbald auf die anderen Stadwerke übergreift, in achtlos über, da alle Wehnen und Leitungen zerstört waren.

Auf der Spur der Banteubräuer

Berlin, 19. Februar. Die Kriminalpolizei hat drei Brüder Sack unter Verdacht festgenommen, daß sie am Einbruch in die Rialto-Bank beteiligt gewesen seien.

Der botanische Wusun zugestochen

Siedheim, 19. Februar. Der ganze botanische Wusunzugestochen ist gestochen seit 1809 nicht vorgenommen ist. Der Wusunzugestochen ist seit mehre Jahren, nicht Dampf, bis auf den letzten Rest...

Das Wintersport-Wetter

Table listing winter sports weather conditions for various locations including Schneefälle, Gletscher, and Höhenlagen with details on snow depth and temperature.

Reumdenklich Jahre lang leide Verneht als Jungweib und hatte nicht das geringste Verlangen nach einer Ehe. Er hätte auch nicht daran gedacht, zu heiraten.



